

Pulsnitzer Tageblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Er erscheint an jedem Werktag
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.65 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Zeilenzeile (Moffe's Zeilenmesser 14)
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75
and RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %. Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts
und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhohndorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober-
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von E. R. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 91

Mittwoch, den 20. April 1927

79. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Der Gemeinderat zu Oberlichtenau hat beschlossen, den öffentlichen Weg
zwischen den Flurstücken Nr. 101, 106 und 106a einzuziehen.

Widersprüche gegen die beabsichtigte Wegeinziehung sind zur Vermeidung des
Verlustes des Widerspruchsrechtes innerhalb 3 Wochen, von Veröffentlichung dieser Bekannt-
machung an gerechnet, hier einzureichen.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 14. April 1927.

Am 25. April

Roß- und Viehmarkt in Königsbrück

Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Tageblatt“ von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste

Vor dem russischen Rätekongress in Moskau erstattete Rykow den Re-
gierungsbericht über Rußlands außenpolitische Ziele.
General Tschangkaissch hat in China einen Staatsstreik verübt.
Paul-Boncour berichtet im Pariser „Journal“ über die Bilanz der Genfer
Abrüstungskonferenz.
Die Inzassen eines französischen Flugzeuges, das in der Nähe von
Berlin sich überschlug, sind schwer verletzt.
Durch den Uebertritt des Mississippi sind bisher 25 000 Personen ob-
dachlos geworden.
Nach einer Berliner Morgenblättermeldung wurden im Berliner Zen-
trum während der Feiertage in einem großen Stoffgeschäft von
Einbrechern 13 kostbare Teppiche und Brücken im Werte von
50 000 RM gestohlen. Der Diebstahl wurde erst Dienstag früh
bemerkt.
Ein englisches Militärflugzeug stürzte bei East-Church in der Grafschaft
Kent ab. Die vier Insassen verbrannten.
Wie die Berliner Morgenblätter berichten, wird die Klageschrift des
preussischen Finanzministers, die den Einspruch Preußens gegen die
Erhöhung der Biersteueranteile der süddeutschen Staaten begründet,
in etwa 14 Tagen fertiggestellt sein und dem Staatsgerichtshof
zugehen.
Der chinesische Dampfer „Pengpu“ der am 8. April mit 2000 Pilo-
ten und 1000 Soldaten von Hankau nach Shanghai abgegangen
ist, geriet unterwegs in Brand. An Bord des Schiffes brach eine
Panik aus, in deren Verlauf zahlreiche Männer, Frauen und Kinder
über Bord sprangen und ertranken.
Wie das Berliner Aghra-Abendblatt meldet, ist der Distrikt zwischen
Barisal und Kapipur in Bengalen von einem schweren Orkan
heimgesucht worden. Mehrere hundert Häuser sind eingestürzt, wobei
16 Personen den Tod gefunden haben. Der Eisenbahnverkehr ruht
vollständig, die Telefonleitungen sind zerbrochen.
Einer Neumeldung zufolge haben gestern in der spanischen Marokko-
zone neue Kämpfe stattgefunden. Die Spanier hatten 11 Verwun-
dete zu verzeichnen, während die Rifleute 20 Tote zurückließen.

Berlin und sächsische Angelegenheiten

Pulsnitz. (Die Baugenossenschaft für Pulsnitz
und Umgebung, e. V. m. b. H. in Pulsnitz) hielt am
15. April 1927, nachmittags 3 Uhr im Walschloßchen in Pulsnitz ihre
gutbesuchte Hauptversammlung ab. Aus dem Geschäftsbericht ist u. a.
folgendes zu entnehmen: Durch die Unterstützung der Stadt Pulsnitz,
folgendes zu entnehmen: Durch die Unterstützung der Stadt Pulsnitz,
der Gemeinden Pulsnitz M. S., Obersteina, Oberlichtenau und der
Amtshauptmannschaft Kamenz konnte die Baugenossenschaft durch Bauen
von Häusern der Wohnungsnot kräftig zu Leibe gehen. Aber auch die
einzelnen Genossen haben ihr möglichstes getan und die Baugenossenschaft
mit Geldern und Selbsthilfe unterstützt. Allen sei an dieser Stelle
herzlich gedankt. Die Bautätigkeit der Genossenschaft hat vor 2 1/2 Jah-
ren eingelebt. In dieser kurzen Zeit hat sie erstellt: 11 Häuser mit
14 Wohnungen in Pulsnitz, 5 Häuser mit 8 Wohnungen in Puls-
nitz M. S., 5 Häuser mit 9 Wohnungen in Oberlichtenau, 2 Häuser
mit 4 Wohnungen in Obersteina, 1 Haus mit 2 Wohnungen in Nieder-
lichtenau. Das ist eine Leistung, wie sie ein anderes Unternehmen
gleicher Art in unserem Bezirke nicht aufzuweisen hat. Das aller-
wichtigste Kapitel in der Baugenossenschaft ist wohl das der Geldbe-
schaffung. Die öffentlichen Gelder reichen zum Bau einer Wohnung
bei Weitem nicht aus. Hier sollen nun die Mitglieder und auch die
Nichtmitglieder helfen. Bei der Baugenossenschaft ist ein Sparsystem
eingeführt. An dieser Sparsparität sollen sich auch Frauen, Kinder,
Bewandte usw. beteiligen. Jeder Sparer erhält eine Sparspararte, die eine
Sparordnung enthält. Die Spargelder werden abgeholt. Sie können
aber auch beim Kassierer Max Weidner eingezahlt werden. Es gibt
Sparmarken von 50 Pf an aufwärts. Diese werden in die Sparspararte
eingellegt. Der Zinssatz für Spareinlagen beträgt 4%. Das Geld
kann natürlich jederzeit wieder abgehoben werden. Bei Abhebung von
über 100 M muß eine Kündigungsfrist von einem Monat vorausgehen.
Für die Sicherheit der Spargelder haftet die Genossenschaft mit ihrem
ganzen Vermögen. Die Spargelder werden außerdem, soweit sie nicht
sofort zum Bauen bebraucht werden, bei der Girokasse Pulsnitz angelegt.
An alle, die zur Beseitigung der Wohnungsnot beitragen wollen, ergeht
nun die herzlichste Bitte, unterstützen Sie die Baugenossenschaft in
ihrem gemeinnützigen Unternehmen. Bringen Sie Spargelder, treten
Sie der Genossenschaft bei, auch wenn Sie keine Wohnung brauchen und
helfen Sie mit, die Allgemeinheit für die Baugenossenschaft zu interes-
sieren. Wie viele gibt es, die ihre Spargroschen zu Haus im Schu-
kasten zinslos liegen lassen. Dadurch entsteht Geldmangel. Der
allgemeinen Wirtschaft gehen diese Gelder verloren. Größere Geldbeträge
werden auf Wunsch auch als sichere Hypotheken auf Genossenschaftshäuser
eingetragen. Setzt die Bautätigkeit lebhaft ein, bessert sich die allgemeine
Wirtschaftslage. Die Arbeitslosigkeit wird verringert, der Geldumlauf
vergrößert. Die Kaufkraft des einzelnen erhöht sich. Die Geschäfte

Rußlands außenpolitische Ziele

Eröffnung des vierten Rätekongresses der Sowjetunion

Zuspitzung des italienisch-jugoslawischen Konflikts — Die französischen Sozialdemokraten gegen die Fortdauer der Besetzung
9000 chinesische Soldaten niedergemetzelt — Die russische Presse zum fünften Jahrestag von Napoleon

⚡ Moskau. Am Ostermontag wurde der vierte Räte-
kongress der Sowjetunion durch Kalsin im Großen Staats-
theater, dessen Riesensaal mit sechs Ränge von über
2000 Delegierte angefüllt waren, eröffnet. In der
Diplomatenloge sah man sämtliche Vertreter der fremden
Staaten, darunter den deutschen Botschafter Graf Brock-
dorff-Rausau.

Den Regierungsbericht erstattete Rykow. Er gab einen
Ueberblick über die Lage in China, die Beziehungen Ruß-
lands zum Völkerbunde, zu England, Deutsch-
land und den östlichen Randstaaten und führte u. a. fol-
gendes aus:

Durch die internationale Lage und die zunehmende Akti-
vität sowjetfeindlicher politischer Gruppen wird eine erheb-
liche außenpolitische Spannung geschaffen. Wiederholte Ver-
suche, einen Antisowjetblock zu bilden und einen militärischen
Konflikt zwischen der Sowjetunion und China zu provo-
zieren, schaffen eine überaus verwickelte Lage und bedrohen
die Sache des Friedens. Der Stand der englisch-sowjetruss-
ischen Beziehungen kennzeichnet am besten die gespannte inter-
nationale Lage. Die englische Note enthält keinerlei konkrete
Beschuldigungen gegenüber der Sowjetregierung. Es muß
betont werden, daß keine einzige der Ursachen der englisch-
sowjetrussischen Spannung jemals zwischen beiden Re-
gierungen erörtert wurde, da die englische Regierung sach-
lichen Verhandlungen ausgewichen ist.

Rykow wies dann den Vorwurf wegen der
Nichtzugehörigkeit der Sowjetunion zum Völkerbund

zurück und erklärte: In der ganzen Zeit seines Bestehens war
der Völkerbund lediglich ein Werkzeug zur Festigung der
Herrschaft gewisser Staaten über andere. Die Versuche, die
Illusion zu verbreiten, daß der Völkerbund ein Werkzeug des
Friedens sei, wird insbesondere durch die Ereignisse der
letzten Tage, wo der Völkerbund sich jeden Eingreifen in die
Lage in China enthielt, widerlegt. Die Sowjetunion unter-
stützt jede wahrhaft pazifistische Bewegung, bezweifelt jedoch,
daß vom Völkerbund einberufene Abrüstungskonfe-
renzen wirklich auf den Frieden hinarbeiten. Der Sinn der
in Genf einberufenen Konferenzen gipfelt darin, die mili-
tärische Gewalt der zur Zeit herrschenden
Mächte zu wahren. Die Sowjetunion ist bereit, gänz-
lich abzurufen, falls alle Mächte dies tun. Die im englischen
Parlament aufgestellte Behauptung, daß die Sowjetunion
sich angeblich sehr intensiv zum chemischen Kriege rüfte, ist
unwahr. Auf allen Gebieten der Kriegsindustrie wird die
Sowjetunion von den bürgerlichen Staaten übertroffen.

Ueber die

Ereignisse in China

erklärte Rykow unter Hinweis auf die ziffernmäßigen An-
gaben über die in China befindlichen ausländischen Streit-
kräfte: Die Intervention in China hat tatsächlich begonnen.
Neben der Intervention und der Unterstützung der Milita-
risten im Norden versuchen die Mächte eine Spaltung im
Lager der nationalen Freiheitsbewegung zu schaffen. Die
Zustimmung der Mächte zum Ueberfall auf die Sowjetbot-
schaft in Peking bedeutet einen Versuch, die Sowjetunion
zum Kriege gegen China herauszufordern. Die Sowjet-
regierung wird auf diese Provokation nicht
eingehen.

Beziehungen zwischen Sowjetrußland und Deutschland

erklärte Rykow: Diese Beziehungen wurden nach dem Na-
pallovertrag erheblich ausgebaut und gefestigt. Die deutsche
Regierung hat die nach Locarno erscheinende Mitteilung, daß
Deutschland sich verpflichte, durch sein Gebiet im Falle eines
Krieges mit der Sowjetunion den Durchzug von Truppen zu
gestatten, offiziell dementiert. Die Sowjetregierung geht da-
von aus, daß Deutschland sich nicht zu feind-

lischen Aktionen ausnützen lassen wird. Die
Gewährung eines Dreihundertmillionenbetrags von Seiten
Deutschlands an die Sowjetunion erweist, daß die Freunds-
chaftspolitik, die von beiden Regierungen nach Rapallo
durchgeführt wird, sich auf dem Gebiete wirtschaftlicher und
kultureller Beziehungen vollkommen bewährt.
Von besonderer Bedeutung für die Politik der Sowjet-
regierung sind

die Randstaaten und Polen,
denen gegenüber die Sowjetregierung unentwegt die Politik
des Friedens durchführt, die sie durch Garantiepakte zu
festigen sucht. Der Garantievertrag mit Litauen bleibt
ungeachtet der litauischen Staatsumwälzung in Kraft. Mit
Letland werden Verhandlungen über die endgültige
Unterzeichnung des bereits paraphierten Vertrages geführt.
Die Sowjetregierung hofft, daß die Verhandlungen mit Est-
land und Finnland ebenfalls zu günstigen Ergebnissen
führen werden. Die Sowjetunion ist bestrebt, die baltischen
Staaten für die Entwicklung ihrer Wirtschaftsbeziehungen
zur Sowjetunion zu interessieren.

Zuspitzung des italienisch-jugoslawischen Konflikts.

Wird Rußland eingreifen?
Die englischen und italienischen Pressestimmen über
den italienisch-jugoslawischen Konflikt werden in deutschen
diplomatischen Kreisen mit sehr erstem Interesse verfolgt.
Wenn die jugoslawisch-italienischen Verhandlungen nicht in
Gang kommen sollten, würde die Kommission, die aus einem
deutschen Vertreter bei der Gesandtschaft in Belgrad, dem
englischen und dem französischen Militärattaché in Belgrad
gebildet ist, nicht ohne weiteres in Funktion zu treten haben.
Diese Kommission wird erst dann eine Untersuchung in Al-
banien anstellen können, wenn eine der beteiligten Mächte
die Gesandten der drei Länder in Belgrad um eine Vermitt-
lung angeht. Es wäre durchaus möglich, daß Jugoslawien
trotz einer Gegenwirkung von Frankreich und England in
Belgrad den Versuch macht,

den Konflikt doch noch vor den Völkerbundrat zu bringen.

Die jugoslawische Regierungskreise steht mit der neuen
Berücksichtigung der Situation auf dem Balkan nicht in Zu-
sammenhang.
In einem gewissen Zusammenhang mit dem Balkan-
konflikt steht auch die neue Richtung der russischen Politik
gegenüber dem Völkerbund. Nachdem der russisch-schweizer-
ische Konflikt beigelegt ist, wird Rußland höchstwahrscheinlich
an der Weltwirtschaftskonferenz und wahrchein-
lich auch an den weiteren Verhandlungen der Abrüstungs-
konferenz, wenn auch nicht an den Verhandlungen der
jetzt in Genf tagenden vorbereitenden Kommission teilneh-
men. Es wäre aber auch möglich, daß Rußland, falls der
jugoslawisch-italienische Konflikt offen ausbrechen sollte, sich
plötzlich beim Völkerbund anmeldet und den Versuch macht,
auf diesem Wege in dem Balkankonflikt eine Rolle zu spielen.

Breitscheidt und Blum gegen die Fortdauer der Besetzung.

Paris, 20. April. Auf dem Bankett des Kongresses der
Sozialistischen Partei in Lyon führte Reichstagsabg. Breitscheidt
u. a. aus: Die Räumung des Rheinlandes und des Saargebietes
sei unbedingt notwendig für die endgültige Wiederherstellung des
Friedens. Nach Eintritt Deutschlands in den Völkerbund und
nach Abschluß der Verträge von Locarno sowie nach Inkraftsetzung
des Dawesplanes sei die Besetzung eine Anomalie. Die deutsche
Sozialdemokratie unterstütze die Außenpolitik der deutschen Regie-
rung, weil sie wisse, daß Stresemann den Frieden wolle und daß
er die Politik betreibe, für die die Sozialdemokraten eingetreten
seien. — Leon Blum, der auf die Ausführungen Breitscheidts er-
widerte, erklärte, daß die französischen Sozialisten in der Frage der

